

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/7

10. Januar 1974

Flexible Neuorientierung der Konjunkturpolitik

-----  
Bundesbank muß die Regierungsmaßnahmen rasch ergänzen

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB  
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für Wirtschaft

Seite 1 und 1a / 52 Zeilen

Union kritisiert aus dem Abseits

-----  
CDU und CSU maßen sich sportpolitische Vormund-  
schaft an

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 2 / 33 Zeilen

Üble Lust am üblen Spiel

-----  
Der CDU/CSU-Streit um den Präsidentschaftsbewerber

Seite 3 / 36 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

-----  
Hat es Auschwitz garnicht gegeben?  
-----

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

**Flexible Neuorientierung der Konjunkturpolitik**  
-----

**Bundesbank muß die Regierungsmaßnahmen rasch ergänzen**

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Die am 9. Januar vom Bundesfinanzministerium angekündigte weitgehende Aufhebung der bestehenden Kapitalverkehrsbeschränkungen ist in vollem Umfang zu begrüßen. Ebenso wie die Beschlüsse vom 19. Dezember 1973 beweist auch sie die hohe Anpassungsfähigkeit der Bundesregierung an sich rasch ändernde Daten der wirtschaftlichen Entwicklung.

Nachdem Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs in Zeiten fester Wechselkurse ein wesentliches Abwehrmittel gegen unerwünschte Devisenzuflüsse dargestellt hatten, verloren sie bereits mit der Freigabe der Wechselkurse im Vollzug der Brüsseler Beschlüsse vom 11./12. März 1973 einen großen Teil ihrer Bedeutung. Von nun an war es in erster Linie Aufgabe der sich frei bildenden Wechselkurse, die Bundesrepublik gegen den vornehmlich spekulativen Zufluß ausländischen Geldes abzuschotten. Dennoch waren die angeordneten Kapitalverkehrsbeschränkungen als das Floaten der D-Mark flankierende Maßnahmen nach wie vor sinnvoll und berechtigt, solange es im Interesse einer Stabilisierung des Geldwerts nötig war, den Zufluß ausländischen Geldes - in erster Linie US-amerikanischer Dollars - zu stoppen.

Diese Situation ist inzwischen nicht mehr gegeben, im Gegenteil: Eine Wiederherstellung der Freizügigkeit im Geld- und Kapitalverkehr, von der schon aus politisch-praktischen Erwägungen keine Ausnahmen gemacht werden sollten, dürfte das zuletzt starke Ansteigen des Dollar-Kurses verlangsamen

helfen und auf diese Weise einer für die weitere Geldwertentwicklung negativen starken Aufwärtsentwicklung der Importpreise tendenziell entgegenwirken.

Entscheidende Nachteile für die Stabilität des Geldwerts stehen dieser positiven Auswirkung nicht gegenüber. Ein erneuter preispolitisch relevanter Devisenzustrom als Folge einer Aufhebung der Kapitalverkehrsbeschränkungen ist gegenwärtig ebenso undenkbar, wie eine ins Gewicht fallende weitere Auslandsverschuldung deutscher Unternehmer.

Zusätzlich zu dem zu erwartenden preispolitischen Effekt hat die Aufhebung der Kapitalverkehrsbeschränkungen eine weitere wichtige Funktion: Als den Anstieg des Dollar-Kurses bremsende Maßnahme macht sie deutlich, daß die Bundesrepublik nicht gewillt ist, sich an einem im Gefolge der weltweiten Ölverknappung veranstalteten, für die Entwicklung des Welthandels äußerst schädlichen internationalen Abwertungswettlauf zu beteiligen, der für den deutschen Export im Ergebnis viel größere Nachteile mit sich bringen müßte, als ein für die Konsolidierung der Devisenmärkte notwendiges Abbremsen des Dollaranstiegs je haben könnte. Mit der Aufhebung der bestehenden Beschränkungen gibt die Bundesregierung vielmehr zu erkennen, daß sie alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um einen solchen Wettlauf zu verhindern.

Diesem wichtigen Schritt muß jetzt kurzfristig die Ergänzung der neuorientierten Konjunkturpolitik der Bundesregierung durch die Deutsche Bundesbank folgen, d.h. die Bank muß durch Senkung der hohen Mindestreservesätze für genügend Liquidität sorgen und auch - soweit das internationale Zinsniveau es zuläßt - Anstrengungen unternehmen, wenigstens den kurzfristigen Zinsen eine sinkende Tendenz zu geben. (-/10.1.1974/ks/pr)

+ + +

Union kritisiert aus dem Abseits  
-----

CDU und CSU maßen sich sportpolitische Vormundschaft an

Von Dr. Adolf MÜLLER-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

In zunehmendem Maße versuchen sich CDU und CSU in der Rolle eines sportpolitischen Vormundes für die Koalitionsfraktionen der SPD und FDP wie auch für den Deutschen Sportbund. Bedrückt vom eigenen Fehlverhalten in der Vergangenheit fordern sie nicht nur ständig mehr Förderungsmittel, sondern bedauern zudem, daß klarer als früher die sportpolitischen Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien deutlich werden.

Wenn zum Beispiel dem Deutschen Sportbund und seinen Fachverbänden von der Opposition vorgeworfen wird, man habe sich mit der Rolle des finanziellen Bittstellers abgefunden, so muß dem hinzugefügt werden, daß die Sportorganisationen niemals erbärmlicher behandelt worden sind als zu Regierungszeiten von CDU und CSU. Um es noch einmal festzuhalten: Die im Haushaltsplan 1974 vorgesehenen Sportförderungsmittel sind bedarfsorientiert und bewegen sich im Rahmen der derzeitigen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten des Bundes.

Die utopisch-massive Kritik an dem unbefriedigenden Zustand der innerdeutschen Sportbeziehungen wird nicht gerade glaubwürdiger, wenn CDU und CSU Informationsbesuche von sozial-liberalen Sportpolitikern bei Sportveranstaltungen in der DDR geringschätzig verketzern. Nicht gesagt wird allerdings, daß sich zunächst auch CDU und CSU-Mitglieder des Sportausschusses an den Besuchen von Sportveranstaltungen zwischen deutschen Mannschaften in der DDR beteiligen wollten.

In diesem Zusammenhang muß der Opposition nachdrücklich in Erinnerung gerufen werden, daß kein Politiker der SPD den Abbruch der Sportbeziehungen zur DDR und den osteuropäischen Ländern gefordert hat. CDU und CSU können dies von sich nicht behaupten. Völlig unbegründet sind auch die Verdächtigungen, wie sie von Presseorganen der CDU im Zusammenhang mit der vorgesehenen Anhörung von Fachverbänden durch den Sportausschuß erhoben wurden. Von den Koalitionsfraktionen wurde wiederholt betont, daß die Durchführung einer solchen umfangreichen Beratung einer vorherigen Abstimmung mit dem Deutschen Sportbund bedürfe, dessen Sprecherrolle für die Sportorganisationen nicht durch einseitige politische Aktionen - wie sie CDU und CSU wünschen - unterlaufen werden darf. Der Opposition ist es offenbar auch entgangen, daß in wenigen Wochen Neuwahlen des DSB-Präsidiums anstehen. (-/10.1.1974/ks/pr)

+ + +

### Üble Lust am Üblen Spiel

#### Der CDU-CSU-Streit um den Präsidentschaftsbewerber

Man muß nicht mehr über den Tatbestand debattieren, daß das leider auch aus Koalitionskreisen angetriebene Kabinettsposten-Karrussell kein erfreuliches Bild bietet. Diese Panne ist aber keine Entschuldigung dafür, daß sich jetzt die Opposition in eine noch unerfreulichere Streiterei um die Frage stürzt, ob sie einen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl benennen soll oder nicht. Der Bundeskanzler hatte im Punkt Kabinetts-umbildung mit vollem Recht vor der gefährlichen Folge einer möglichen weiteren Verunsicherung der Staatsbürger und auch davor gewarnt, daß diesem Bürger der ewige personelle Streit zu viel und er des Staates und der Parteien überdrüssig werden könnte.

In noch gesteigertem Maße trifft diese Warnung auf die peinlichen Auseinandersetzungen in der CDU und zwischen CDU und CSU zu. Die künstlich suggerierte Annahme, daß durch das Votum des CSU-Vorsitzenden Franz Strauß die Frage negativ entschieden sei, ob die Unions-Parteien nun einen Gegenbewerber gegen den FDP-Vorsitzenden Walter Scheel aufstellen würden, erweist sich jetzt als das, was sie von Anfang an war: als eine insbesondere für den Hausgebrauch bestimmte parteitaktische Seifenblase. Nach dem Aufmucken des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger ist diese Seifenblase prompt zerplatzt, und die Spitzenfunktionäre von CDU und CSU setzen den bisher unter der Decke schwelenden Streit nun in aller Öffentlichkeit fort.

Schaden leiden muß durch dieses bewußt inszenierte personelle und taktische Hickhack die Demokratie und unsere demokratische Gesellschaft. Die Tatsache, daß aus nicht zuletzt innerparteilichen Gründen sogar das Amt des Bundespräsidenten in die Niederungen der personellen und parteimachtpolitischen Auseinandersetzungen heruntergezerrt wird, ist höchst bedauerlich und höchst gefährlich zugleich. Wenn aber der CSU-Vorsitzende Franz Strauß aus übler Lust am üblen Spaß auch noch seinen Intimfeind, den bayrischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, als "Bewerber" gezielt dem beabsichtigten Gelächter preisgibt, dann wird diese Parteilache zur Unterminierung des demokratischen Staatswesens. (ee/10.1.1974/ks/ee)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Hat es Auschwitz garnicht gegeben ?  
-----

Das DGB-Zentralorgan "Welt der Arbeit" veröffentlichte aus der Feder seines stellv. Chefredaktors Klaus Jelonneck folgenden Beitrag, den wir mit einigen Kürzungen wiedergeben.

"Nation Europa", die ultrarechte Monatschrift aus Coburg, findet immer wieder neue Kronzeugen für ihre These, es habe überhaupt keine sechs Millionen ermordeter Juden gegeben. Ihr vorläufig letzter Schönfärber der Nazi-Gräueltat ist der amtierende Richter am Finanzgericht Hamburg, Dr. Wilhelm Stäglich, NPD-Mitglied und schon mehrfach als solches auffällig geworden.

Stäglich kennt Auschwitz. Er war dort: 1944. Ein paarmal hat er als Stabsoffizier einer in der Nähe stationierten Fallschirm-Flakabteilung das Lager besucht. Also kann er mitreden, also kann ihm keiner was vormachen; ihm dem Augenzeugen.

Und das liest sich dann so: "Im ganzen bin ich meiner Erinnerung nach drei- oder viermal im Lager gewesen. Bei keinem dieser Besuche habe ich Vergasungseinrichtungen, Verbrennungsöfen, Mörterinstrumente oder ähnliche grausige Dinge gesehen. Das Lager machte einen gepflegten Eindruck... Mich erinnerte dieses Lager in seiner Art an das Arbeitsdienstlager, in dem ich meine halbjährige Arbeitsdienstpflicht ableistete, nur daß es natürlich wesentlich größer war."

Und natürlich ist alles ungemein menschlich zugegangen, Stäglich kann es bezeugen. Nicht eine einzige Mißhandlung hat er beobachtet: "Bei einem meiner Besuche sah ich sogar, daß die in dem Büro der Lagerleitung beschäftigten weiblichen Häftlinge - dem Aussehen nach handelte es sich um Jüdinnen - alle eine Flasche Milch an ihrem Arbeitsplatz stehen hatten."

So gut also waren die Nazis zu ihren Juden! Und wie haben die's gedankt? Schlecht. Die SS-Mannschaft haben sie verhöhnt und die deutsche Wehrmacht auch noch. KZ-Besucher Stäglich hat bei einem "undisziplinierten" Häftlingszug folgendes beobachtet: "Sie unterhielten sich laut und lachten dabei auch. Zwei oder drei Häftlinge traten, als sie uns sahen, aus der Marschkolonne, machten

Front zu uns, öffneten ihre Hosenträger und schlugen ihr Wasser ab. Dabei grinsten sie zu uns herüber. Obwohl dies nur so aufgefaßt werden konnte, daß man uns damit Verachtung bekunden wollte, nahmen die begleitenden SS-Männer hiervon überhaupt keine Notiz. Immer wenn ich später etwas über die angebliche Todesangst in den KZ hören mußte, habe ich an diesen Vorfall denken müssen."

Rotzfreche KZ-Häftlinge, eingeschüchterte SS-Männer - das Auschwitz, von dem jeder weiß, hat es laut Weißwäscher Stäglich nicht gegeben. Am Schluß seines Elaborats steht der blanke Hohn: "Im KZ-Museum Dachau befindet sich ein Bild mit der Unterschrift 'Verbrennungsöfen von Auschwitz'. Ich meine, darin die Backeröfen wiedererkannt zu haben, die uns von einem Häftling während des Backbetriebes gezeigt wurden."

Darf man ungestraft so die Wahrheit verbiegen, so die Opfer der Nazi-verbrechen verhöhnen und beleidigen? Die "Vereinigung der Antifaschisten und Verfolgten des Naziregimes" in Hamburg hat sich an das Rechtsamt der Hansestadt gewandt und die "sofortige pensionslose Amtsenthebung des Dr. Stäglich" gefordert. Es wäre nicht das erste Disziplinarverfahren, das der Finanzrichter an den Hals bekommt. Es gab deren bereits mehrere. Alle wurden wieder eingestellt. Gegen den Beamten Stäglich scheint in Hamburg kein Kraut gewachsen zu sein. Und gegen die neofaschistische "Nation Europa" offensichtlich auch nicht, die nun schon im 24. Jahrgang Geschichtsklitterung betreiben darf, ohne verboten zu werden.

Wir seien halt ein Rechtsstaat? In dem Punkte sind wir ein Nachwächterstaat. Die "Nation Europa", zu deren Autoren auch Leute gehören wie der britische Faschistenführer Oswald Mosley, will mit dem Stäglich-Artikel ausprobieren, "ob eine offene Diskussion heute in unserem Staat noch möglich ist".

(-/10.1.1973/ks/pr)

+ + +